

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
14 (1900)**

6 (9.1.1900)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-262599](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-262599)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis pro Monat incl. Frangierlohn 70 Pfg. bei Selbstabholung 60 Pfg.; durch die Post bezogen (Postzeitungsl. Nr. 6648), vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., monatlich 70 Pfg. zzgl. Bestellgeld.

Redaktion und Expedition:
Hant, Neue Wilhelmshavener Straße 38.
Telephon-Nr. 2114

Inserate werden die fünfspaltige Corpusspalte ober deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechendes Rabatt. Schmälerer Satz nach höherem Tarif. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr Mittags in der Expedition aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 6.

Hant, Dienstag den 9. Januar 1900.

14. Jahrgang.

Die Burenaktik.

Unter dieser Rubrik schreibt der „Vorwärts“: Die Burenaktik ist den Familiärs mit ihren verfeinerten Ideen von „Anno domini“ wie ein Donnerkeil auf den Schädel gefallen. Während sie gerade damit beschäftigt sind, dem Militarismus noch eine weitere Ausdehnung auf dem Wege zu geben und ihn auch auf das Wasser auszuweihen, sind im fernsten Westen und noch ferneren Süden Ereignisse eingetreten, welche den Militarismus in seiner Existenz bedrohen, indem sie ihm die Existenzberechtigung entziehen. Das erste Ereignis war der spanisch-amerikanische Krieg um Kuba, in welchem die regulären spanischen Truppen von den an Zahl nicht überlorenen, in wenigen Monaten zusammengegriffenen amerikanischen Truppen vollständig und auf allen Punkten geschlagen wurden, obgleich die spanischen Truppen einen sehr guten, die Amerikaner so gut wie keinen militärischen Drill hatten.

Die europäischen Militärs gingen über diese fatale Thatsache mit stabiler Gleichmütigkeit hinweg und die öffentliche Meinung war mit den politischen Folgen des Krieges so sehr beschäftigt, um dem militärischen Verlauf nähere Aufmerksamkeit zu schenken.

Neuere wissen wir durch unanfechtbares Zeugnis, daß die Ueberlegenheit der Amerikaner einzig und allein in ihrem besseren Schießen bestand hat. Die Spanier konnten nicht schießen, schreibt ein amerikanischer Offizier, der den Feldzug mitgemacht hat, und von verschiedenen Zeitungsberatern am Feldzug in Kuba ist es erzählt worden, daß die amerikanischen Rekruten beim ersten Zusammenstoß mit den Spaniern ganz verblüfft waren, als die Spanier Pelotonfeuer abgaben wie auf dem Exerzierplatz, ohne einen einzigen Amerikaner zu treffen.

Dieselbe Erfahrung, zum Glück unter günstigeren Verhältnissen für die Beobachter und Nachkommenden, machen wir jetzt seit nahezu drei Monaten auf dem Kriegsschauplatz in Südafrika. Die Engländer mit ihrem stehenden Heer haben bisher in jedem Fall, außer einem einzigen, bei allen Zusammenstößen mit den Buren den kürzeren gezogen, obgleich diese ihnen an Zahl sicher nicht überlegen sind, selbst nicht nach den jedenfalls zu hohen Angaben der Engländer. Und diese einzige Ausnahme ist, gegenüberweise, gerade dasjenige Gefecht — bei Sandfontein —, in welchem die fremden Legionäre, insbesondere deutsche Soldaten, das Gros der Buren-Streitmächte bildeten. Wohl zum Teil aus nationaler Empfindlichkeit, zum größeren Teil jedoch vermutlich aus Scheu

vor den unabweisbaren Schlußfolgerungen haben sich unsere militärischen Kritiker dieser Thatsache gegenüber außerordentlich schweigsam verhalten. Sie ist aber im höchsten Grade bedeutsam und lehrreich. Die Legionäre, welche bei Sandfontein kämpften, waren fast sämtlich gebiente Soldaten — Soldaten, die in Frankreich, Belgien, Holland und namentlich in Deutschland fadmilitärisch geübt waren. Und nicht bloß gebiente Soldaten, auch gebiente Offiziere, und zwar namentlich deutsche Offiziere, das heißt gewesene deutsche Offiziere. Soldaten wie Offiziere haben in diesen Theilen ansehnlichen mit größter Brauour gekämpft und nach militärischen Begriffen, und zwar speziell nach deutsch-militärischen Begriffen, auch durchaus korrekt, nach allen Regeln der fadmilitärischen Kunstfertigkeit. Der Feind war numerisch nicht in der Uebermacht und sie hatten genau dieselben Vorteile des Terrains, wie die Buren in den anderen Gefechten. Aber sie, mit ihrer europäischen militärischen Taktik wurden geschlagen, und die Buren, mit ihrer natürlichen, vom Raferneinstuß und Raferneinstuß nicht angefeinerten Taktik haben überall gesiegt.

Und worin besteht die Burenaktik? Im möglichst wirksamen Gebrauch der Schußwaffe.

Der englische Gewehrmann, Mr. Robinson, der viele Jahre lang unter den Buren gelebt hat, sagt von den Buren, jeder von ihnen sei im Stande, hundert gebillten Junksoldaten die Spitze zu bieten. Damit hat er wohl etwas übertrieben, aber im wesentlichen gewiß recht. Der gebaute Schütze, der seiner Büchse und seiner Karren feind ist und nicht als willenlose Maschine sieht, sondern individualisiert, und selbständig, kann, wenn er bei 1000 Schritt Entfernung auf anbringende Truppen zu schießen anfängt, sehr gut ein paar Dutzend lampenfähige machen, bis die Angreifer ihm auf den Leib gerückt sind. Das unterliegt gar keinem Zweifel.

Die weittragenden Präzisionswaffen der letzten zwei Jahrzehnte haben in ihrer Weise die eben so große Revolution der Hechtart bewirkt, wie seiner Zeit die Einführung des Pulvers als treibende Kraft der Geschosse. Wenn das Pulver den Kampf im Wams dem Ritter im Harnisch gleichstellte, so stellt die moderne Präzisionswaffe den einfachen Bürger, Bauers- und Arbeitsmann dem militärisch geschulten Soldaten gleich. Die modernen Präzisionswaffen geben der Vertheidigung das Uebergewicht über den Angriff und heben die Vertheile auf, welche der Drill des stehenden Heeres bisher geboten hat. Das ist eine gewaltige und eine demokratische Revolution. Ja mehr noch: sie heben jene Vertheile nicht nur auf, sie verwandeln sie positiv in Nachtheile. Denn das System der stehenden Heere, welches

die Erziehung des Gesamtvolktes zur Wehrhaftigkeit ausschließt und ausschließen muß, weil es sich sonst selbst die Existenzberechtigung nähme, hat zur notwendigen Folge, daß nur eine sehr mangelhafte Schießfertigkeit erlangt wird. Wer ein guter Schütze sein soll, muß von Jugend an beginnen — gerade wie wer ein guter Turner sein soll. Mit 21 Jahren ist es schon zu spät und in 2 oder auch 3 Jahren kann niemand ein trefflicher Schütze werden, auch nicht, wenn er je einmal so viel nach der Scheibe schießt, als es heute geschieht. Das weiß jeder wirkliche Schütze. Und jeder wirkliche Schütze weiß, daß die Schießleistungen unserer Soldaten — und fügen wir hinzu: der Soldaten aller stehenden Heere — sehr mittelmäßige sind; gerade wie jeder wirkliche Turner weiß, daß, was unsere Soldaten an Turnerei leisten, recht problematisch ist.

Die Erziehung zur Wehrhaftigkeit, welche von der Sozialdemokratie gefordert wird, giebt nicht bloß die Möglichkeit, sondern die Gewähr dafür, daß jedes körperlich nicht unfähige Kind ein guter Turner und ein guter Schütze wird, und abgehärtet für alle Strapazen.

Das höchste Wissen und Können für den aktiven Kriegsdienst, das unsere Familiärs als wunderbares Jungferneinstuß ausführen, wird nun körperlich und geistig gesunden Menschen im Handumdrehen durch die Praxis gelernt. Die Schweizer Buren, die bei Sempach und Morgarten die Geymarter der gepanzerten Ritter durchdrangen und diese todtschlügen oder versprengten, hatten keine fadmilitärische Schulung. Und die Buren, die in Duzenden von Gefechten die tapferen und tadellos gebillten englischen Soldaten schlugen, haben das auch nicht von Junksoldaten gelernt.

Im Gegenheil, die freien Buren-Wehrmänner haben uns und alle Welt gelehrt, daß das Junksoldatentum ein überwundener Standpunkt ist. Geschichtliche Lehren setzen sich freilich nicht sofort in die Praxis um. Und vor Vernunftgründen weicht das Rationellere nicht, das, im doppelten Sinne des Wortes, unsere regierenden Klassen erzieht hat.

Im Gegenheil, Einrichtungen, von denen bewiesen ist, daß sie sich überlebt haben und die im Widerspruch sind mit dem Geist und den Erfordernissen der Zeit, werden von den Klassen und Parteien, die ihr Interesse in ihnen vertreten glauben, mit doppelter Eifer gefeiert und gehütet; allein, hat einmal die Existenzberechtigung aufgehört, so ist der weitere Bestand einer Einrichtung nur Absinken und Verfall.

Dem Militarismus ist das Todesurtheil gesprochen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Frage der Kritik kaiserlicher Reden im Reichstage, die ja nach der letzten Neujahrrede wieder aktuell geworden ist, weil es unvermeidlich sein wird, in den parlamentarischen Debatten auf sie zurückzukommen, wird in der „Deutschen Juristenzeitung“ von dem bekannten Staatsrechtslehrer Professor Dr. v. Seydel-Münchener behandelt. Dasselbe kommt zu dem vernünftigen Schluß, daß die Kritik von Kaiserreden nicht verhindert werden dürfe. Er schreibt: „Die Erwähnung und Besprechung der Reden des Kaisers im Reichstage ist durch keine Rechtsvorschrift verboten, sofern nur die Grenzen gewahrt sind, die das Strafrecht festsetzt. Es ist einer jener Gedankenlosigkeiten, wie sie im Staatsrecht häufig sind, die ein solches allgemeines Verbot als gegeben annimmt, sozusagen auf Grund eines Gewohnheitsrechtes. Eine Beschränkung kann die Geschäftsordnung des Reichstages einführen. Wie weit sie reicht, entscheidet gegebenenfalls der Präsident des Reichstages. Einem Dritten erwidert daraus kein Einspruch.“

Dies ist keine Frage zu klären, sondern nur festzustellen, daß keine Frage vorliegt. Welche „Dritten“ gemeint sind, weiß man, wenn man sich erinnert, daß bei den jüngsten Vorkäufen im Reichstage als Reichstagspräsident Kaiser Wilhelm II. die Kritik von Kaiserreden zu erheben verweigert, damit aber beim Präsidenten Grafen Ballestrem keine Gegenliebe fanden. Wie gesagt, wird zweifellos die Neujahrrede des Kaisers bei den bevorstehenden Parlamentarissen nicht übergegangen werden. Graf Ballestrem will bekanntlich die Besprechung kaiserlicher Reden grundsätzlich nur gestatten, wenn sie im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden. Wenn nun bei der Besprechung im Reichstage ähnliche Ausstellungen vom Bundesratspräsidenten fallen sollten, so sollte man, meint die „Frankf. Ztg.“, zutreffend, nicht verfehlen, jezt, wo sogar die Autorität Seydels der freieren Auffassung zur Seite steht, darauf aufmerksam zu machen, daß die Ballestrem'sche Praxis noch nicht einmal die volle rechtliche Redefreiheit gewährleistet, sondern daß diese völlig unabhängig davon ist, ob der Kaiser die Rede im „Reichsanzeiger“ abdrucken läßt oder nicht. „Dies wäre auf der einen Seite die beste Danksagung des Reichstages gegen die unberechtigten Angriffe; es würde aber gleichzeitig auch die demokratischen Rechte für eine zukünftige Zeit mahnen, in der man etwa mit dem Abdruck aufreger Reden im „Reichsanzeiger“ parlamentarisch werden könnte. Es wäre doch ein gar zu sonderbarer Zustand, wenn ein

Der Millionebauer.

Socialer Roman von Max Kreyer.

(6. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Dann, als die Höhe des Berges erreicht war, brettete sich tief unten Berlin mit seinem Lichtmeer aus. Der Himmel war leicht gerötet vom Abglanz der erleuchteten Dächern. Rechts lag Schöneberg wie ein Frühling, das Berlin dem Fernsehen entgegenredete.

Wertwürdigerweise war Odemittelt jetzt sehr geneigt, den Verlauf der Dinge ganz natürlich zu finden. Anfanglich machte er allerdings noch nicht begreifen, wisse nicht, wozu die Reise gehen solle, usw. Aber aus seiner lächelnden Miene ging doch hervor, daß er sich bereits gefügt hatte. Ein Gedanke war plötzlich in ihm aufgetaucht, den er zuerst als einen sehr unwürdigen niederzulassen versuchte, der aber immer wieder zurückkehrte und ihn beherrschte. Vielleicht war diese Tag dazu anzusehen, eine Wendung in seinem Leben einzutreten zu lassen. Als er einige Minuten lang träumerisch zum Himmel blickte, nahm dieser Gedanke bereits eine bestimmte Richtung an.

Er stellte Betrachtungen darüber an, ob die Tochter Köpplens Reifezeit mit ihrem Vater hätte, oder nicht. Er würde viel darum geben haben, wenn er sofort Gewißheit darüber bekommen hätte. Aber vielleicht befam er bald Gelegenheit dazu. Es würde gewiß nicht schwer halten, die Bekanntschaft mit dem Vater fortzusetzen. Einige Male war er nahe daran, sich über diese selbstthätigen Gedanken zu schämen,

aber es war nichts zu ändern: das Bemühen, einen Millionär gegenüber zu zeigen, der heirathsfähige Tochter besaß und obenrein ein jugendlicher Mann zu sein schien, belebte seine Phantasie und ließ aus ihr rosiges Zukunftsbild entstehen. Es war doch wunderbar, wie schnell er sich der Herrschaft dieses Mannes, den er vordem sehr von oben herab betrachtet, gefügt hatte. Er nahm sich vor, in der Zukunft die Menschen nicht nach ihrem Reichtum zu taxieren. Es geschah doch hin und wieder, daß man sich täuschte.

Währenddessen hatte er gar nicht auf die lebhaften Erörterungen Köpplens geachtet, trotzdem es ihm gewesen war, als hätte er diesen mehrmals eine zustimmende Antwort gegeben. Um so aufmerksamer hörte Rigard zu. Er hatte sich weit zu dem Alter herübergedreht, so daß er ihn fast den Knau seiner Zigarre ins Gesicht blickte, und wandte den Kopf bald nach rechts, bald nach links, je nachdem Köppl die Richtung auf den Helsen an gab. Köppl befand sich im besten Juge, Rigard in den „Grund und Boden“ zu beiden Seiten einzuweisen, wobei das Wort „Terrain“ eine große Rolle spielte. Je näher sie Schöneberg kamen, je eingehender wurden die Betrachtungen, die zum Theil in der Sprache des Ueberlieferten vorgetragen wurden, so daß Rigard sich verfußt sah, selbst hin und wieder einige Worte einzuwerfen, die nicht gerade solonfähig waren. Seine Sympathie für Köppl war bereits so groß, daß er es geduldig hinnahm, als dieser ihn zweimal hintereinander mit „lieber Freund“ anredete.

„Der da drüben ist noch Deutsch-Willems-

dorf, aber hier bin ich schon zu Hause. Wat meinen Sie, was hier noch für Monaten im Boden liegen. Noch eine zwanzig Jährchen, dann können Sie an die Thore von Berlin kloppen. Die Köstlichkeiten hier werden auch mal Bierer lang fahren. Berlin frist Allens uff.“

Als bei ihm drehte sich um den Werth, den diese Erde später als Baugrund haben werde, aber theils schon hatte. Das Andere war ihm Rebenische. Er sprach von demnachstigen „Auflassungen“, von Parzellierung und Straßenregulierung, kramte die ganze Schöneberger Bauverhältnisse aus, und nannte so viel Namen, das weder Rigard noch Odemittelt, den die Sache ebenfalls interessirte, ihm zu folgen vermochten. Einige diese Namen waren von derben Ausdrücken begleitet, über welche die Betroffenen wenig erbaudt gewesen wären. Reid, Heindschaft und Schicklichkeit schienen unter den reich gewordenen Bauerngutsbesitzern eine große Rolle zu spielen.

Endlich kam er auch auf „seine Seite“ zu sprechen. Damit meinte er den Theil, der jenseits Schöneberg lag, wo er wohnte. Das sei allerdings eine ganz andere Sache, da lägen noch Klumpen Gold in die Erde, und er hoffe auch noch auf seine Kosten zu kommen. Da hinten befindet sich noch so eine Sandgrube, die ihm gehöre, in der Nähe der neuen Straßen. Etwas acht Morgen groß. Man habe ihn bereits für den Morgen hundertachtzigtausend Mark geboten, er wolle aber zweimalhunderttausend haben und werde sie auch sicher bekommen, denn das Land laufe ihm nicht weg und er habe Zeit zu

warten. Wenn nur die Andern Sit hätten, dann ginge die Geschichte einmal. Das Schönste sei, man brauche nicht einmal das Geld zu graben, das hätten Andere solemos.

Als Rigard wieder von den Hunderttausenden sprechen hörte, Rieg der Rager in ihm auf; viel weniger über die enorm hohen Summen, die andere besaßen, als über die Proslucht, die aus diesem früheren Bauern sprach.

„Was machen Sie denn mit dem viel-n-Gelde?“ fragte er dann.

Köppel kniff wieder das linke Auge zusammen und schlug Rigard ganz ungenüt auf das Bein. „Das möchten Sie wohl wissen, was? Aber wenn Sie es nicht verrathen wollen, will ich's Ihnen sagen. Die einen frische halte ich warm, die anderen laß ich loosen.“ Er lachte laut auf. Da aber Rigard diese Heiterkeit nicht begreifen konnte, sondern eine verämblichlose Miene zeigte, fuhr er gleich fort: „Das heißt mit anderen Worten, die einen werden sicher an der Kette gelegt, zu vier Prozent, und die anderen werden weiter gegeben, damit die Bauunternehmer buddeln können. Wenn den Dörren kann die Gelder ausgegangen sind, dann heißt's, wer zuerst kommt, der zuerst mahlt.“

Rigard pfiff leise vor sich hin und nicht ein paar Mal, als wäre ihm nun endlich das höhere Verhältniß ausgegangen. In seinem Innern war er überaus, daß man, um diesen alten Herrn zu verkaufen, sehr früh aufstehen müßte. Jedenfalls war er ein seltsames Gemisch von Schlaueit, Gutmütigkeit und Freigebigkeit — einer jener Menschen, denen das Geld nicht



gelebender Faktor den andern leistet und dieser mit seiner Gesundheit davon abhängig wäre, ob es Jensen gelte, die Rede im Reichsanzeiger oder aber nur in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlicht zu lassen.

Dass Blum als Ministerpräsident, dass Blum wird jetzt auch vom Stöckerverein beschuldigt. Eine Hauptstütze des deutschen Parlamentarismus ist von dem Stöckerverein als verurteilt bezeichnet. Wahrscheinlich ist Hans Blum an Schweinberg Stelle getreten, dort würde er trefflich hinpassen.

In den jüngsten „Ständeveränderungen“, wie die Verlesung von Adels- und sonstigen Ständebriefen noch immer genannt wird, bemerkt die „Zeitg. Bl.“: „Wir missgönnen Niemanden eine Kammerveränderung, wenn sie ihm Vergnügen macht; aber daß man sich doch gefordert werden, daß man endlich aufhört, Aufträge zu dem bürgerlichen Stand, sei es nun das einfache „von“ oder den Grafen-, Fürsten- und Herzogstitel als eine „Erhebung“ in einen besseren Stand zu bezeichnen, wie das auch diesmal wieder in der offiziellen Publikation der Ständeveränderungen geschieht. Wenn es nicht wohl ist im bürgerlichen Stande, der mag einem andern ständlichen Stande zugeführt werden. Aber wenn man das eine Erhebung nennt, so liegt darin eine Verleumdung des Bürgerstandes, die dieser entschieden zurückweisen muß, denn er steht eben doch wie der höchsttitierte Stand. Und gegen diese Form der Auszeichnung muß auch deshalb Einspruch erhoben werden, weil sie nicht in Einklang steht mit der preussischen Verfassung, die in Art. 4 besagt: „Ständerechte finden nicht statt.“ Genau so wie kein Adeliger wegen irgend eines Verbrechens in den bürgerlichen Stand „erniedrigt“ werden kann, darf ein Bürgerlicher wegen irgend eines Verbrechens nicht in den Adelsstand „erhöhen“ werden. Es wäre an der Zeit, daß mit dieser Anomalie ein Ende gemacht wird.“

Die nächsten des Transatlantischen. Der „Rheinischen Zeitung“ wird aus Paris gemeldet: Die schweren Schädigungen, welche nicht bloß dem Handel, sondern auch der amtlichen Welt aus der durch England verhängten Unterbindung des telegraphischen Verkehrs mit Transvaal und dem Centralafrika erwachsen, machen sich in nahezu allen europäischen Staaten immer fühlbarer. Neuerdings hat in Bezug hierauf die russische Regierung an die Kabinets die amtliche Rundfrage gerichtet, ob nach ihrer Ansicht die Anhaltung und Zurückweisung aller, nicht nur privaten, sondern auch amtlichen Depeschen nach und von den genannten beiden Republiken mit den Bestimmungen, die in Petersburg 1895 von den Völkern abgeschlossenen internationalen Telegraphen-Abkommen vereinbar sei. Nach Ansicht der russischen Regierung würde besonders des Artikels 7 dieses Abkommens und Art. 46 des 1895 in Velt revidierten Reglements in Frage kommen.

Im gelobten Lande. Eschenheimer wird die Welt bekanntlich „mit jedem Tag schöner“. In der konstituierenden Gemeinderatsitzung zu Apolda wurde in den Schulvorstand u. a. auch unter Genosse Wandert gewählt. Derselben erklärte erster Bürgermeister Dr. v. Frowen, daß er „auf höhere Weisung“ gegen die Wahl Wanderts in den Schulvorstand protestieren müsse. Sowohl Genosse Wandert als auch eine Anzahl anderer die Verlesung gegeben hat, die sie ermahnt hatten, um sich nun an der ganzen Welt zu rächen, indem sie eine fieberhafte Tätigkeit entfalten, um den Welt von Tag zu Tag zu verwehren.

„Aber ich mache das immer solide“, begann er wieder, als er die etwas erkannte Geschichte der Fremde erzählte. „Ich bin nicht so wie Barnfuss drüben hinter der Kasse, der durch den Kaufmanns reich geworden ist. So was machen wir nicht. Ich, in die Hand! ... Aber fragen Sie mal an, ob er was hat. Wohl! Wohl! Keine Maus hinter etwas. Alles gehört der Frau. Er aber Arbeit immer sein nach Berlin. Da laucht er dann unter dem Taschengeld von seiner Oma. Das Taschengeld kennen wir.“

Als der Wagen in die Hauptstraße von Schöneberg einbog, zeigte sich noch reges Leben. Das Klingeln der Pferdehufe erklang, die Schaufeln waren zum Teil noch erloschen, und die Menschen positierten durch die Straßen. Sie schritten in der Richtung nach Berlin zu. Als Köpfe sich erhob, um dem Reiter etwas zu sagen, brachten Drunkenheit und Wagnis die Schaulustigkeit, um sich über ihr Ziel zu verfahren. Sie hatten keineswegs die Absicht, sich auf's Geratewohl mitzuschleppen zu lassen. Aber plötzlich machte der Wagen eine Kurve und bog auf der anderen Seite der Straße in eine Einbahn. Noch während des Fahrens knallte der Reiter mit der Peitsche. Die Pferde hatten kaum einige Augenblicke unruhig gekracht, als das Gitter geöffnet wurde und sich hinter dem Wagen wieder schloß.

(Fortsetzung folgt)

Gemeinderatsmitglieder legten gegen diesen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde entschiedene Verwahrung ein. Letzterer, der schon früher dem Schulvorstand angehörit, bezieht sich mit Recht auf seine damalige Tätigkeit in demselben, während welcher er sich bemüht hat, in vollem Maße seine Schulpflicht zu erfüllen zu haben, was auch nachschaffen von dem Gemeinderat als Schulvorstand anerkannt wurde. Der Gemeinderat nahm den Protest gegen die Wahl Wanderts zur Kenntnis und konnte im Herbsten keinen Anlaß erblicken, seine Wahl zu modifizieren. Er wird der Entscheidung der Dinge ruhig entgegengehen.

Die Anstellung von Militärämtern. Am 1. Januar sind die im Juli v. J. von Bundesrat aufgestellten neuen Grundzüge für die Besetzung von Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militärämtern in Kraft getreten. Der neue Zivilverordnungsbescheid „zur Anstellung bei den Reichsbehörden, den Staatsbehörden aller Bundesstaaten und den Kommunalbehörden desjenigen Bundesstaates, dessen Staatsangehörigkeit der Inhaber des Zivilverordnungsbescheides seit zwei Jahren besitzt.“ Früher war in Bezug der Stellenanfrage eines Inhabers des Zivilverordnungsbescheides von der doppelten Bedingung abhängig, daß derselbe die Eigenschaft eines preussischen Staatsangehörigen besaß und aus dem preussischen Reichs-Militärkontingent hervorgegangen war. Diese letztere Bedingung ist in den von Bundesrat beschlossenen neuen Grundzügen fortgefallen; die erstere Bedingung ist dahin abgeändert worden, daß der Inhaber des Zivilverordnungsbescheides, in preussischen Kommunen u. s. f. den Anspruch auf Berücksichtigung bei der Besetzung zu haben, zwei Jahre lang im Besitze der preussischen Staatsangehörigkeit sein muß. Ist diese Bedingung erfüllt, dann ist es — und das gilt sinngemäß auch für die anderen Bundesstaaten — für den Anspruch des Betroffenen gleichgültig, ob er den Zivilverordnungsbescheid in einem preussischen oder unter preussischer Verwaltung stehenden Militärkontingente oder in der Marine oder in dem bayerischen, sächsischen oder württembergischen Militärkontingente erlangt hat. Nur hinsichtlich derjenigen Militärämtern, welche den Zivilverordnungsbescheid in einer militärisch organisierten preussischen Schutzmannschaft oder in der preussischen Gendarmarie erworben haben, verbleibt es bei den alten Bestimmungen. Weiter sind Bestimmungen über die Berechnungen von Militärämtern um vakante Stellen zu führen, insbesondere ein Verzeichnis über die Bewerbungen von Militärämtern um vakante Stellen zu führen, insbesondere ein Verzeichnis über die Bewerbung von Unteroffizieren, die mindestens acht Jahre aktiv gedient haben. Während im Allgemeinen die Einberufung der Beamtenstellen in der Wehrbesoldung der Beamtenliste geschieht, sollen unter sonst gleichen Verhältnissen Unteroffiziere, die auf eine mindestens achtjährige Dienstzeit im Heere oder in der Marine zurückzuführen, in erster Linie berücksichtigt werden.

Frankreich. Ein kleiner Konflikt scheint sich zwischen Frankreich und der Dominikanischen Republik (Haiti) entsponnen zu haben. Die „Agence Havas“ meldet unterm 5. Januar: Gelehrten in den in San Domingo Randgebungen hat in Folge einer auf Veranlassung des französischen Konsuls bei der „Improvement Company“, der Konzeptionsinhaberin der Zollmannschaften, genommenen Beschlagnahme. Die Regierung von San Domingo vertritt im Jahre 1895, für den damals den französischen Staatsangehörigen zugefügten Schaden Ersatz zu leisten, indem sie gleichzeitig, falls die Zahlung von ihrer Seite nicht erfolgen sollte, Wiederauftrag gegen die „Improvement Company“ suchte. Da sich nun die neue Regierung entschieden weigert, dieser Verpflichtung nachzukommen, hatte der französische Konsul Befehl erhalten, zur Beschlagnahme zu schreiten. Dadurch wurden die oben erwähnten Randgebungen hervorgerufen. Die französische Regierung hat dem Kommandanten der Division des Atlantischen Ozeans telegraphisch den Befehl gegeben, sofort mit seinem Geschwader nach San Domingo zu gehen.

Die vom Staatsgerichtshof Berufurteilten, Derovalde und Genossen haben Frankreich bereits verlassen, mit Ausnahme natürlich Genard, der zu 10jähriger Festungstrafe verurteilt ist. Derovalde, Guerin und Buffet wurden Donnerstag Abend von Polizeibeamten vom Luxemburg-Palais nach dem Santo-Georgiensteil gebracht, ohne daß es zu irgend welchen Zwischenfällen gekommen wäre. — Freitag Morgen um 5 Uhr wurden darauf Derovalde und Buffet von dem Nordbahnhof aus nach Landin an die belgische Grenze befördert. Im Augenblick der Abfahrt sah Derovalde: „Eine andere Republik, es lebe die Republik!“ — Guerin wird nach einem Zeitungsbericht, wahrscheinlich dem von Clairville überliefert werden, wo er seine Strafe verbüßen soll. — Wie es heißt, will Buffet nach Brüssel, Derovalde nach San Sebastian in die Verbannung gehen.

England. Enthüllungen über Chamberlain. Was jedermann schon wußte, wird jetzt durch Veröffentlichung von Briefen aus den Kreisen des englischen Kolonialministers in der Schicksel

„Independence Belag“ bestätigt: Die Missbilligung Chamberlains am Jambon-Gesandtschaft. Die Veröffentlichung umfaßt 17 Briefe und Dersprüche, welche vor, während und nach dem Jambon-Gesandtschaft Chamberlains Vertreteratsitzung, dem Leiter der schottischen Abteilung im englischen Kolonialamt, und Cecil Rhodes' Rechtsanwalt Dawkesley gemeldet worden sind. Daran geht klar hervor, daß Chamberlain nicht bloß alle Einzelheiten des Falles kannte, sondern er bewirkte auch später, anfänglich des Jambon-Prozesses, durch Auswahl der Richter und Beilegung bedauerlicher Artweise die Freisprechung Chamberlains. Der Briefwechsel beweist, daß Chamberlain seit launen Jahren mit der Cavero Company, Cecil Rhodes und Alfred Beit finanzielle Geschäfte machte, welche durch den jetzigen Streit gefördert werden sollten. Der „Independence“ vertritt sich für die Echtheit aller Briefe und Dersprüche und vertritt weitere Enthüllungen.

In Zentralasien scheint Rußland in aller Eile eine gegen England gerichtete Aktion vorzubereiten. Es ließ schon dieser Tage, daß Rußland 60 000 Soldaten dorthin beordert habe. An der Stelle ging sogar das Gerücht, die Russen seien bereits in Herat eingedrungen. Das ist unrichtig. Aber das etwas im Werke ist wird durch folgende Meldung der offiziellen russischen Telegraphen-Agentur aus Tiflis, 5. Januar, bestätigt. Sie lautet: Mit Rücksicht auf die kürzlich verbreiteten Gerüchten, nach welchen die Lage in Afghanistan in Folge des angeblichen Abnehmens des Generals Abdurrahman Khan, sowie in Folge von Gerüchten über eine Eilung der russischen Truppen zum Einbruch in die Provinz, hat der Kriegsminister einen Befehl in Bezug der Beförderung von Truppen vom Kaukasus nach dem transkaspischen Gebiet machen lassen. Eine Truppenabteilung wurde mit der Bahn von Tiflis nach Baku, dann auf dem Seewege von Baku nach Astrachan und von hier wieder mit der Bahn nach Ruzhka beordert, wo sie am 20. Dezember eintraf. Dieser Befehl muß als vollkommen genügend erachtet werden, denn er hat den Beweis erbracht, daß die Spitze einer aus einem Armeekorps bestehenden Kolonne von Ruzhka nach Tiflis eintreffen in acht Tagen erreichen kann. Derselbe „Befehl“ werden jedenfalls bald weitere folgen, bis Rußland Marschieren genugsam zusammen hat, um einen großen Nachschub in Südrussland in der Richtung nach Indien durch die Hungersnot erträglich ersichtigt ist, in Affen mit erdrückender Lebermacht auftreten zu können. Was dahin mag auch der Weg nach Herat mit allem Ansehen der russischen Armee ebenfalls beauftragt. Die russische Regierung, welche den Burenkrieg heraufbeschworen.

Widmung in England? Eine seltsame Nachricht läßt sich die „Röln. Zig.“ aus Paris melden: „In diesem Briefkasten glaubt man unwillkürlich zu wissen, daß ein hervorragendes Londoner Bankhaus vor zwei bis drei Wochen in Petersburg angefallen hat, ob nicht der Bank von England aus der russischen Goldreserve ein Betrag von 5 000 000 Wfrl. in Gold vorzuziehen werden könne, um die Gefährdung der Goldreserve durch die russische Regierung dem englischen Kriege in Transvaal durch Beschaffung von Goldbarren zu leisten. Diese Frage wird noch als die Lösung hat, die Bestimmung der Regierung die maßgebenden Kreise der Bank von England hart verurteilt.“ — Es wäre eine seltsame Ironie der Weltgeschichte, wenn das reiche England bei dem kankrotten Rußland pumpt müßte.

Der Krieg zwischen England und den Surenstaaten.

Für England werden auf den Trupp'schen Werten gegenwärtig nicht, wie die „Pöppiger Rhein. Nacht.“ berichtet hatten, Stobgranaten, sondern 45 000 Schrapnell für Indubjektiv, 7,6 Centimeter Kaliber, mit einjähriger Rate (einfacher Zoll) angefertigt. Von diesen 45 000 Stob werden 25 000 mit 10 000 ohne Rupterband, alle ohne Gylinder, geliefert. An der Fertigung wird so eifrig gearbeitet, daß eine ganze Anzahl Arbeiter in 12 Arbeitstagen 10 bis 20 Schichten gemacht haben; eine eifrigste Schicht wurde nur durch zwei vierstündigen Pausen unterbrochen. Die „Pöppiger Rhein. Nacht.“ haben sich an den letzten vier Wochen des Wälderzuges, Friedberg, gemacht mit der Bitte um Auskunft über die Rechteverhältnisse. Professor Friedberg soll darauf erklärt haben, daß die deutsche Regierung berechtigt ist, die Ausfuhr jener Geschütze zu verhindern. Wenn aber gar die Transvaal-Regierung bei dem deutschen Auswärtigen Amte um Verhinderung der Ausfuhr nachsuche, der Bitte jedoch nicht entgegen zu sein, so möchte sich Deutschland direkt einer Verletzung der Neutralität schuldig.

Parteienrichtigen.

Der Kongreß der belgischen Sozialdemokraten findet am 14. Januar in Brüssel statt. Es ist

das ein außerordentlich, eiferbeifolig hauptsächlich, um die Zufuhr der Partei bei den nächsten Wahlen zu sichern. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Die Frage der Wahlreform; das Wahlprogramm; Stellungnahme zu dem Senat; die Organisation des Kampfes zur Erreichung der Arbeitervereinsgesetzgebung.

Ueber die Wirkung unserer Kolonialregimentation

wird der in Hannover erscheinenden „Deutschen Volkzeitung“ (nördlich aus Nord-Hannover geschrieben): Ein recht reges Regimentsleben tritt länger denn je zu Tage. Seit dem 1. Oktober 1895, dem Beginn des Reichstages, namentlich des Sonntags von morgens früh bis Abends spät hat sich Regimenter aus Bremen, aus den verschiedenen der Literatur und aus Domburg, Hamburg und auch aus Stade unterwegs und verteilt die feierlichen feierlichen Kalender für 1900 nicht nur nach bei uns, sondern auch in allen Wirtshausgruppen verteilt. Neben dem Kalender werden auch Singblätter, Zeitschriften und Broschüren unentgeltlich verteilt. Durch diese Maßnahme werden die Sozialdemokraten über Partei in 18. und 19. Monatshefte auf die doppelte Stärke zu bringen. Die unentgeltliche Verteilung der Kalender hat die Wirkung, daß die Sozialdemokraten bestanden wenig Kalender besitzen, als in den letzten Jahren. Das hat sich durch die Verteilung der 3000 Kalender erklärt, jetzt aber nicht 50 Exemplare verteilt haben. Ein einzelnes Schreiben haben die sogenannten Sozialdemokraten und der „Hannoversche Volksfreund“, die sich in Nord-Hannover sehr gute Aufnahme fanden, jetzt aber keinen Kalender mehr, weil die Kalender einer Partei nicht auch bestanden mündig, verteilt werden.

So sehr mündigwertig scheint der Kalender doch nicht zu sein, sonst würden die Landkreise schließlich doch einen der westfälischen Haushaltungskalender kaufen. Im übrigen liefert auch diese Partei aus neue den Armen, daß die Partei mit der erst letzten Jahren geübten Kolonialregimentation einen guten Gewinn gemacht hat.

Parteiwerke. Das tägliche Erheinen unseres mecklenburgischen Parteibüros scheint sich zu sein. Er teilt in seine letzten Nummer mit, daß bereits ein Grundstück erworben worden sei, um darauf ein Druckereigebäude zu errichten und Räume für Buchhandlung, Credition und Redaktion einzurichten.

Soziales.

Wahlbündel für die Dienstadt. Was würden wohl die europäischen Staaten zu dem Befehl sagen, das jedoch in der legislativen Vorbereitung von Reichswahlbündel verhandelt wird und mit bedeutender Stimmenmehrheit bereits durch das vorbereitende Stadium gegangen ist. Es scheint vor, das weibliche Dienstadt nicht mehr als acht Stunden am Tage arbeiten und daß Mädchen unter 14 Jahren überhaupt nicht in Dienst genommen werden sollen. Mit Rücksicht auf besondere Gelegenheiten, wie Gefeiern, hat die Kaiserin das Recht, 12 Stunden Arbeit zu verlangen, jedoch nicht mehr als dreimal wöchentlich. Die weiblichen Dienstboten dürfen nicht an aufeinanderfolgenden Tagen schlafen.

Gemeinlichliches.

Waga sein Geld verstanden. Der Berliner Arbeiterverein hatte im letzten Jahr an den Kapitalist der Stadt Berlin mit dem Gelde gemacht. Hatte bereit zu sein, die gesamten Mittel des Berliner „Sozialen“, über die beschützten Berliner Arbeitervereine, das Geld wurde abzugeben. Der Arbeiterverein hat sich dann unterm 23. November d. J. mit einem gerichtlichen Urteil abgefunden. Der Arbeiterverein mit negativem Ergebnis: denn der Kapitalist sollte, er vermöge „so seinen Besitztümern dem Gelde nicht zu verweigern, da Gebier dazu nicht zur Verfügung stehen.“ Diese Antwort, welche die Berliner „Sozialen“, über nicht nur mehr als die gerichtliche Entscheidung des Kapitalisten, denn einmal müßten im preussischen Staat Gebier zu deren Zweck zur Verfügung stehen, denn auch sind im Gebier Gebier zur Verfügung gestellt, und es wäre natürlich kein Gebier, wenn der Kapitalist nicht mit dem Gebier ausrichten gemacht hätte, daß es sich beim Gebier Verweigerung der Gebier annehmen müßte. Der Arbeiterverein hat seine Schritte nicht, der Gebier hat einen Schritt gemacht, wie es erdient, ein paar tausend Mark zur Verfügung haben. — Wie meinen, was die „Arbeitervereine“ der preussischen Regierung vor, von hier herkommt, was über die Gebier ist.

Ein Gewerkschaftsbund in vor liegen in Bremen (sogar erklärt worden. Das Dons diese früher Dotsi werden und ist erst vor zwei Jahren neu erbaute worden; die Gewerkschaften haben es am 1. Oktober d. J. für 150 000 Wfr. jährlich erworben und haben das fünfjährige Haus für die bestimmten Zwecke ausbauen lassen. Es enthält jetzt noch größere Säle, die miteinander verbunden werden können, sind größere und kleinere Sitzungsräume. Die von oben herab sind befinden sich 21 Treppenhäuser, im Hofe ein Spielplatz für 20 Personen, so daß etwa 120 Personen beherbergt werden können. Die Dreihe ist äußerst minimalist, und liegt zu erwarten, daß der Betrieb in besserer Weise gehalten werde.

Ans Stadt und Land.

Sen. 8. Januar. Bürgervereins-Versammlung. Am Sonntagabend fand die in Bremen bestehende der ordentlichen General-Versammlung des Bürgervereins statt, die hat beauftragt war. Auf Anwesenheit gelangten abermals fünf neue Mitglieder. Es ist dies um so erfreulicher, weil der Bürgerverein Vort im Gegensatz zu verschiedenen amtlichen Vereinen keine Annahmen vornimmt, wenn nicht die Betroffenen in den Versammlungen persönlich erscheinen sind. Die Vorstandswahl erledigte sich durch die ein bloch vorgenommene Wiederwahl des alten Vorstandes. Zum Vorsitz „Kommunale Angelegenheiten“ wird zunächst Bericht aus der letzten Gemeinderatsversammlung erstattet. Die dort vorgenommenen Wahlen, insbesondere die des ersten Vorgesetzten, bedürft die Versammlung mit Genehmigung. Solange werden mehrere Streifen (sogar beiprungen und hierbei besonders betont, daß die Gemeinde mehr noch als je für gute

Waarenhaus B. S. Bührmann.

Wegen bevorsteh. Umbau



und bedeutender Vergrößerung meiner Geschäftsräume eröffne ich von

Dienstag den 9. Januar

an einen großen



Räumungs-Ausverkauf!

Bekanntmachung.

Die im Jahre 1880 geborenen Militärschulpflichtigen, sowie diejenigen Militärschulpflichtigen früherer Jahrgänge, welche noch keine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis erhalten haben und hier geltungspflichtig sind, werden zur Vernehmung der gesetzlichen Nachtheile bzw. Strafen aufgefordert, sich behufs Enttragung ihrer Namen in die St. 11. Kantonst. Stimmrolle während der Zeit vom 15. d. Mts. bis zum 1. Februar 1900 bei dem Unterjägermeister anzuwenden.

Die im Jahre 1880 geborenen Militärschulpflichtigen, welche nicht in hiesiger Gemeinde geboren, aber hier geltungspflichtig sind, haben den Geburtschein, die Militärschulpflichtigen früherer Jahrgänge ihren Lösungsschein vorzulegen.

Für die abwesenden Militärschulpflichtigen sind Eltern, Vormünder, Lehrer, Brod- oder Jobbühler zur Anmeldung verpflichtet.

Depens, den 5. Januar 1900.
Der Gemeindevorsteher.
Rthen.

Bekanntmachung.

Die Hüter von Hundebau in der Gemeinde Depens werden hiermit zur Vernehmung der gesetzlichen Strafe aufgefordert, ihre Hunde bis zum 1. Februar ds. Js. bei dem betreffenden Bezirksoberster und zwar für den östlichen Theil bei dem Bezirksoberster J. F. Gutzki, Elisabethstraße 3, für den westlichen Theil bei dem Bezirksoberster Wilmann, Götterstr. 10, zur Vernehmung anzumelden und ist die Steuer, betragend für den ersten Hund 3 Mk. und für jeden weiteren Hund derselben Hundeshaltung 6 Mk. bis zum 1. März ds. Js. bei dem Gemeindevorsteher, Auktionator S. P. Harms, hierorts, zu entrichten.

Nach dem 1. Februar ds. Js. zu zahlende Personen, welche einen Hund besitzen, haben diesen binnen der gesetzlichen Frist von 4 Wochen beim Unterjägermeister bei Vernehmung der gesetzlichen Strafe anzumelden.

Depens, 5. Januar 1900.
Der Gemeindevorsteher.
Rthen.

Zu vermieten

zum 1. Febr. eine dreizim. Wohnung, Näheres Neue Wilh., Str. 23, oben.

Gefunden

eine Haar-Nhrkette. Abzuholen gegen Bekämpfung der Rollen: Neue Wilhelmshöher Straße 80, 2 Et.

Gefucht

auf sofort ein tüchtiges Mädchen für Küche und Haus.
Frau Schöff, N. Wilh. Str. 51.

Immobil-Verkauf.

Der Schlossmeister Fr. Wolter hier hat mich beauftragt, das ihm gehörige, an der Verlängert. Götterstraße belegene

Geschäftshaus

bestehend aus dem Hauptgebäude, Stall und großer Werkstätt und Schmiede

zum sofortigen Eintritt zu verkaufen. Das Geschäft mit vollständigem Inventar kann auf Wunsch des Käufers mit übertragen werden.

Drücker und letzter Versteigerungstermin ist auf

Montag den 15. ds. Mts.,

Nachmittags 4 Uhr, in Sadewassers Gasthaus, hier, angeht, möge Kaufliebhaber einlade.
Depens, 4. Januar 1900.

S. P. Harms,
Auktionator.

Verkauf.

Für betr. Rechnung sollen am Montag den 15. ds. Mts., Nachm. 2 Uhr anfangend, im Saale des Gastw. C. Wammen zu Sedan,

2 Sophas, 1 Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, 1 Dugend Stühle, 2 Bettstellen, mehrere Betten, 1 Nähmaschine, mehrere Taschenuhren, Wacker große und kleine Spiegel, mehrere Bilder usw.,

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkauft werden.

Kaende, 4. Januar 1900.
S. Gerdes,
Auktionator.

Produkten u. Metalle

aller Art
kaufe zu hohen Preisen. Ferner Helle, Lumpen, Raschen, altes Eisen u. Bitte genau auf die Adresse zu achten.

Frau A. Fischer,

Neubremen, Sternstraße 41.

Gefunden ein Trauring

mit Namen-Inskript auf dem hinteren Markt. Gegen Entlohnung der Inskriptionsrollen abzuholen d. Carl Wenssen, Neuenb.-Wilmshöher, bei Schaar.

Verband der Schneider.

Montag Abend 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in der „Arche“.
Die Kartell-Delegierten sind hierzu eingeladen.

Donnerstag den 11. Januar 1900,

Abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Bürger-Versammlung

im Lokale des Herrn J. Saake (Germania-Halle) Neubremen.

Tagesordnung:

1. Der neue Mietvertrag des Hausbesitzervereins Pant und wie stellen sich die Mieter der Gemeinde Pant dazu.
2. Diskussion.

Es wird bemerkt, daß Personen beiderlei Geschlechts zu dieser Versammlung Zutritt haben und sollte der Wichtigkeit halber hier Niemand fehlen. Die Mitglieder des Hausbesitzervereins sind hiermit besonders eingeladen.

Der Einberufer.

Achtung Maurer!

Die Bauten des Unternehmers Burschkies an der Kaiserstraße sind wegen dort ausgebrochener Differenzen gesperrt. Die Lohnkommission.

Naturheilverein.

Am Dienstag den 9. Januar 1900, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Tonhallen“:

Frauen-Vortrag.

Die Frauen-Leiden, deren naturgemäße Behandlung u. deren Heilung, von Frau Klara Mücke, Leiterin des Sanatoriums Stolzenberg. Der Zutritt ist nur weiblichen Personen gestattet. Eintrittspreis 30 Pf. Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein

„Vorwärts“.

Heute Montag, Abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Vereinslokal (Sedwasser).
Der Vorstand.

Unsern Freund und Arbeitskollegen, dem Schiffszimmermann

Hermann Müller

zu seiner morgen stattfindenden Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche!
Bant, 8. Januar 1900.
Seine näheren Freunde und Arbeitskollegen.

Gefucht

auf sofort ein Mädchen für den Borrmittag oder den Nachmittag
Eduard Jansen, Sternstraße.

Noth-, Leber- und Sülzwurst

5 Pfund 1,50 Mark empfiehlt
E. Langer, Neue Straße 10.

Gefucht

für ein jz. Ehepaar eine dreizimmige Stiegenwohnung zum 1. Februar d. J. Abgeschl. Korridor beheizt. Zu erfragen Baeier Straße 4.

Gefucht

zum 1. Februar ein Mädchen.
Neue Wilhelmsh., Str. 23, unt.

Todes-Anzeige.

Plötzlich und unerwartet kurz vorher früh unser lieber Sohn, Gustel und Rest:

Cruft Theodor.

Dies zeigen tiefbetriibt an
S. Schulze und Frau nebst Angehörigen.
Die Beerdigung findet Mittwoch, Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Ländelch 25, aus statt.